

Volks-Zeitung

mit täglichem Unterhaltungs-Blatt
Illustrierter Familien-Zeitung
und illustriertem Witzblatt ULK

Verleger: Rudolf Mosse, Berlin SW.
Druck: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Die preußische Kabinettsbildung.

Die Teilnahme der Parteien.

Von amtlicher Seite liegen noch keine Nachrichten über die Zusammenfassung des neuen preußischen Kabinetts vor.

Die Stellen des Ministerpräsidenten, des Ministers des Innern, des Finanzministers, des Kultus- und des Landwirtschaftsministers übernehmen die Sozialdemokraten.

Nach Meldungen von anderer Seite wird das Handelsministerium in der Hand Herrn Fischbecks verbleiben, außerdem sollen dem sozialdemokratischen Kultusminister noch zwei Unterstaatssekretäre beigegeben werden.

Aus der Fraktion der Unabhängigen wird mitgeteilt, daß an die Fraktion der alten Partei ein Schreiben gerichtet worden sei.

Auf Ihre Anfrage, ob die Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokratie der preußischen Landesversammlung bereit ist, in ein Ministerium einzutreten, erwidern wir namens unserer Fraktion, daß wir im voraus die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes und die sofortige Freilassung aller politischen Inhaftierten fordern.

Ferner verlangen wir: 1. Einordnung des Rätebundes in die Verfassung; 2. Vollständige Auflösung des alten Heeres und des durch Freiwilligenkorps gebildeten Soldatenheeres, Errichtung einer Volkswehr aus den Reihen der klassenbewußten Arbeiterschaft; 3. Sicherung aller durch die Revolution erzwungenen politischen Freiheiten; 4. Trennung von Staat und Kirche, Verwirklichung der Schule; 5. Vermeidung aller Maßnahmen, die das kapitalistische Wirtschaftssystem stützen; 6. Sofortige Inangriffnahme der Sozialisierung; 7. Nachdrückliche Vertretung dieser Forderungen bei der Reichsregierung, schärfsten Widerstand gegen alle Maßnahmen der Reichsregierung, welche die Verwirklichung dieser Forderungen verhindern.

Die von der Mehrheitspartei angeregte Frage der Beteiligung von Unabhängigen an der Regierung scheint jedoch nach den Meldungen der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ bereits aus der Diskussion ausgeschlossen zu sein.

Handschreiben des schweizerischen Bundespräsidenten an den deutschen Reichspräsidenten.

Berlin, 24. März. (W. Z. B.)

Der schweizerische Bundespräsident Herr Ador hat das Schreiben des Herrn Reichspräsidenten Gehrt, in dem dieser ihm seine Wahl und seinen Amtsantritt angezeigt hatte, mit einem warm gehaltenen Handschreiben beantwortet.

Gegen die Abtrennung deutscher Gebiete.

Eine Erklärung des Reichspräsidenten.

Berlin, 24. März.

Das Bureau des Reichspräsidenten gibt bekannt: Dem Reichspräsidenten gehen täglich aus der Ostmark wie aus dem Westen des Reiches in sehr großer Zahl Rundgebungen öffentlicher Körperschaften, privater Verbände und öffentlicher Versammlungen zu, in welchen gegen die Abtrennung deutscher Landesteile an Polen sowie des Saargebiets an Frankreich Protest erhoben und der feste Entschluß bekundet wird, mit allen Kräften diese Gebiete dem Deutschen Reich zu erhalten.

Ein neuer Parlamentärmord der Polen.

Berlin, 24. März. (W. Z. B.)

An der schlesisch-böhmischen Grenze wurde eine eigene Feldarmee südlich Friedland von Tschechen beschossen. Von allen Seiten der polenischen Front sind Patrouillenvorstöße und kleinere Angriffe der Polen zu berichten.

zu berichten, die Stimmung unserer Truppen ist daher äußerst erbittert, vor allem um Reheabschnitt südlich Schneidemühl-Strömberg, gegen den sich die häufigsten Vorstöße gerichtet haben.

Die deutsche Regierung wird hoffentlich nicht verläumen, die fortwährenden Hebergriffe der Polen, vor allem den neuen Parlamentärmord, der Entente mit schärfstem Protest zur Kenntnis zu bringen.

Die Diktatur des ungarischen Proletariats.

Ordnung und Ruhe in der Provinz.

Budapest, 24. März. (Ungarisches Korr.-Bureau.)

In der Provinz herrscht nach amtlichen Berichten überall Ordnung und Ruhe. In den meisten größeren Städten haben die Sozialisten die Verwaltung übernommen und ein Direktorium bestellt, in Reckemet ist außerdem ein Bauerrat gebildet worden.

Der Volksbeauftragte für Unterrichtsweesen hat die Eintrittskarten sämtlicher Budapest Theater für Donnerstag und den folgenden Tag für ungültig erklärt; der Preis dafür wird zurückerstattet und die Mehrheit der Karten wird durch die Gewerkschaften an die Arbeiter zu herabgesetzten Preisen verkauft.

Der Volksbeauftragte für Ernährungsweesen hat angeordnet, daß vom 27. März bis zum 2. April frisches Wind- und Schweinefleisch in feiner Form verkauft oder verzehrt werden darf; als Ersatz werden Fleischkonserven in den Verkehr gebracht.

Vereiteltes Bolschewistenattentat gegen England.

Amsterdam, 24. März.

„Daily Express“ meldet, daß die englischen Behörden eine bolschewistische Verschwörung entdeckt haben. Am Sonnabend wurden Nachrichten aus Rußland ausgegangen, aus denen hervorgeht, daß Agenten von Lenin und Trotzki in neutralen Häfen angekommen wären und vergebliche Versuche machten, Pässe für verschiedene Teile Englands zu erhalten.

Der Vorposten zum Amstutz Mitteleuropas.

Amsterdam, 24. März.

„Nieuwe Rotterdamse Courant“ bemerkt zu dem Bruch Ungarns mit den Alliierten ironisch, daß es der Entente endlich gelang ist, Ungarn dem Bolschewismus in die Arme zu treiben und der russischen Republik einen Vorposten zur Revolutionierung Mitteleuropas zu schaffen.

Tragisches Ende einer Kindervorstellung.

Ein gräßliches Unglück in Gleiwitz.

Gleiwitz, 24. März.

Die „Oberschlesische Volksstimme“ meldet: Die hiesige katholische Mission für Mädchen schuf veranstaltete heute nachmittag im Stadtgarten eine Kindervorstellung, die stark besucht war. Aus bisher unaufgeklärter Ursache entstand beim ersten Akt auf der Bühne ein Feuer. Der „Feuer“-Auf löste unbeschreibliche Panik aus. Alle stürzten den Ausgängen zu. Dadurch staute sich die Menge der Kinder, auch stürzte die Treppe unter dem Druck ein. Eine große Zahl von Kindern — man spricht von sechzig bis sechzig — wurde zerquetscht und zerrührt. Feuerwehr und Sanitätsmannschaften, Kräfte und Priester waren zur Stelle und bemühten sich um die Verunglückten. Im Augenblick läßt sich die Größe des Unglücks noch nicht feststellen.

Wie der „Oberschlesische Wanderer“ weiter meldet, beläuft sich die Zahl der toten Kinder auf rund 70, die Zahl der Verletzten auf etwa 20.

Die tschechoslowakische Regierungskrise. Ueber die angebliche Krise in der tschechoslowakischen Regierung konnte, wie die „P. P. A.“ melden, bisher nichts Authentisches in Erfahrung gebracht werden.

Die Tarifbewegung der Privatbahnen. Die Vertreter von 20 000 deutschen Privatbahnen, die sich geschlossen als Fachverband in die Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner und Staatsbediensteter eingefügt haben, verammelten sich am 18. bis 21. März in Berlin zu einer außerordentlichen Hauptversammlung, um insbesondere mit einem über ganz Deutschland gültigen Tarifvertrag zum Abschluß zu kommen. Eine Entscheidung über die Tarifbewegung und die Nationalversammlung wurde einstimmig angenommen in der es heißt: „Die Privatbahnen begrüßen den harten Willen der Reichsregierung auf Überführung geeigneter Wirtschaftszweige in den Besitz oder die Verwaltung der Allgemeinheit und fordern die schleunigste Überführung aller der Öffentlichkeit dienenden Verkehrsrichtungen in das Eigentum des Reiches oder ihrer Vergeellschaftung.“ Den Beamten, Angestellten und Arbeitern dieser Betriebe soll Gelegenheit zur Mitwirkung an dieser Umgestaltung gegeben werden.

Eine preußische Regierungspartei gegen Preußen!

Aus der Tagesordnung der gestrigen Sitzung, der preußischen Landesversammlung ergibt sich, daß heute nachmittag das preußische Volk offiziell erfahren soll, welche Regierung ihm der Präsident der Versammlung, Herr Reinert, ausgesucht hat. Herr Reinert hat natürlich nicht allein gesucht, die in der Regierung sitzenden Mehrheitssozialisten haben sich eifrig bemüht, eine Regierung zusammen zu bringen, die alle Mehrheitsparteien, Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten, umfaßt.

Die mühsame Arbeit soll gelungen sein, trotz der großen Schwierigkeiten, die das Zentrum immer hat. Wie eine spröde Schöne hat es sich gepöbert und gemacht neue Konzessionen auf dem Gebiete der Kirchenpolitik verlangt, ehe es in der Bund eintrat. Die Sozialdemokraten der Regierung erschöpften sich in Liebenswürdigkeiten, um nur ja nicht das Zentrum in die Oppositionsstellung gehen zu lassen. Es ist erreicht; aber was damit erreicht ist, das bewies die gestrige Sitzung der Landesversammlung.

Das Zentrum hat gestern eine einzige Partei die von allen übrigen Parteien eingebrachte Entscheidung, die sich gegen eine Losrennung Westfalens von Preußen wendet, durch Stimmenthaltung abgelehnt.

Als am Sonnabend der „Macher“ des Reiches Rheinbundes, Herr Kaster vom Zentrum, seine Antipreußenrede hielt, konnte man noch glauben, das Zentrum werde als zweiten Redner einen Anhänger des ungeteilten Preußen vorschicken, zumal Kaster ja gestrichelt betont hatte, die ganze Idee sei keine Parteiache des Zentrums. Gestern kam der zweite Zentrumsredner zum Wort, und es war wieder ein begeisterter Propagandist der Trennung von Preußen. Abg. Dr. Geh, der gestern sprach, bestritt zwar auch, daß hier eine Aktion des Zentrums vorliege, aber er will jagar, neben dem Rheinland, auch Westfalen und Hessen-Kassau von Preußen trennen. Dr. Geh wollte den Spieß umdrehen und jammerte über das „Kesseltreiben“, das gegen das „unschuldige“ Zentrum veranstaltet werde. Die liebenswürdige Art, mit der am Freitag der Ministerpräsident Hirsch das Zentrum in Schutz genommen hatte, genügte Herrn Dr. Geh noch nicht. Er wettete in den höchsten Zornestönen, daß man es gewagt habe, dem Zentrum Landesverrat vorzuwerfen. Das Zentrum empfinde treudesch, aber von Preußen will man los — und ist doch preußische Regierungspartei!

Unterstaatssekretär Dr. Freund beteuerte, daß man dem guten Zentrum doch gar nicht solche Vorwürfe gemacht habe, aber traurig sei die Sache doch.

Abg. Adolf Hoffmann (W. Soz.) ließ sich natürlich nicht die Gelegenheit entgehen, das eigenartige Bild der „Einigkeit“ zu beleuchten, das die Haltung des zur Regierung herangezogenen Zentrums in dieser Frage bietet. Er wies es als eine faule Ausrede zurück, wenn sein Erlaß über Trennung von Schule und Kirche als Begründung für die Zentrumsabsichten auf Schaffung eines rheinischen Kirchenstaats herangezogen werde. Haenisch sei an diesem Erlaß ebenso beteiligt gewesen, wie er, dem sei jetzt nur das Herz in die Hosen gefallen. Die rheinischen Kapitalisten wünschten die Trennung von Preußen, um der Vermögensabgabe zu entgehen. Die Revolution aber sei noch auf dem Marsche und werde durch solche Pläne einen dicken Strich ziehen.

Ein Welfenaristokrat, Abgeordneter v. Dannenberg, führte dann den Nachweis, daß er und seine Leute noch immer nichts zugeklüht haben und heute noch, wie seit 1866, nach dem alten Cumberlander Idealstaat der adeligen Privilegierten schreien. Herr v. Dannenberg spöttelt über den schlichtbürgerlichen Reichspräsidenten und erklärt, daß die neue preußische Regierung von seinen Freunden mindestens ebenso scharf bekämpft werde wie das alte Preußen.

Als Ministerpräsident Hirsch diesem Vertreter der alten Zeit energisch entgegentrat, fand er den Beifall der großen Mehrheit des Hauses. Er lehnte eine deutsch-hannoversche Republik entschieden ab und betonte, daß hinter diesem Plan durchaus nicht die Mehrheit der Provinz Hannover stehe. Der Volksparteiler Stendal bestätigte nachdrücklich, daß die überwiegende Mehrheit der hannoverschen Bevölkerung nichts von den alten Welfenträumen wissen wolle.

Ein Schlussantrag machte dann der Debatte ein Ende. Der von sämtlichen Parteien eingebrachte Antrag Graf, der gegen die Einverleibung rheinischer Landesteile nach Frankreich oder Belgien Einbruch erhebt, und den Gedanken eines westlichen Ruffertentums zurückweist, gelangte einstimmig zur Annahme. Der zweite Antrag Graf, der einen entschiedenen Protest insbesondere gegen die Errichtung einer westdeutschen Republik, enthält, wurde gegen die Stimmen des Zentrums, das sich der Abstimmung enthielt, angenommen.

In der heutigen Sitzung, die um 1 Uhr beginnt wird der Präsident, wie schon erwähnt, Mitteilung über die Berufung der Staatsregierung machen. Auf der Tagesordnung stehen weiter die Polenfrage und die erste Lesung des Notetats.

Der Seniorenkonvent der preußischen Landesversammlung trat gestern nach Schluß der Sitzung zusammen. Ueber seine Beratungen und Vorschläge ist folgendes mitzuteilen: Ueber die heute auf der Tagesordnung stehende Mitteilung der Regierung über